



Niederschrift

über den öffentlichen Teil der 25. Sitzung des Ausschusses
für Bildung, Jugend und Sport der Stadt Eberswalde
am 08.02.2012, 18:15 Uhr,
in der Rathauspassage Eberswalde, Konferenzraum, 3. Etage,
Breite Straße 39, 16225 Eberswalde

TAGESORDNUNG

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
3. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die öffentliche Niederschrift der 24. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport der Stadt Eberswalde vom 30.11.2011
4. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die nicht öffentliche Niederschrift der 24. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport der Stadt Eberswalde vom 30.11.2011
5. Feststellung der Tagesordnung
6. Informationen des Vorsitzenden
7. Einwohnerfragestunde
8. Informationen aus der Stadtverwaltung
9. Informationsvorlagen
10. Anfragen und Anregungen von Fraktionen, Stadtverordneten u. sachk. Einwohnern/innen sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vors. der Beiräte gem. Hauptsatzung, dem/der Vors. des KJP u. den Beauftragten gemäß Hauptsatzung
11. Abschlussbericht "Stärken vor Ort" (Herr Weber)

12. Vorstellung des Bundesprojektes: "Offensive Frühe Chancen: Schwerpunkt - Kitas Sprache und Integration" durch Frau Burckhardt, Kita "Gestiefelter Kater"
13. Antrag des SV Motor Eberswalde e. V. auf Gewährung eines Zuschusses aus dem Haushalt der Stadt Eberswalde zur kommunalen Förderung des Sports
14. Diskussion zum Arbeitsplan 2012
15. Diskussion Verpflegungskostenpauschale
16. Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)
 - 16.1. **Vorlage:** BV/704/2012 **Einreicher/Zuständige Dienststelle:**
40 - Amt für Bildung, Jugend und Sport
23 - Liegenschaftsamt

FV Preussen Eberswalde e. V. - Erbbaurechtsvertrag

TOP 1 - Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Herr Hoeck, Vorsitzender des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport (ABJS), begrüßt alle Anwesenden zur 25. Sitzung des ABJS und eröffnet die Sitzung um 18:15 Uhr.

TOP 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Herr Hoeck stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der ABJS beschlussfähig ist. Einwendungen hiergegen werden nicht erhoben.

Zu Beginn der Sitzung sind **sechs Stadtverordnete** anwesend (**Anlage 1**).

TOP 3

Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die öffentliche Niederschrift der 24. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport der Stadt Eberswalde vom 30.11.2011

Schriftliche Einwendungen gegen die Niederschrift der 24. Sitzung des ABJS vom 30.11.2011 liegen nicht vor. Mündliche Einwendungen werden nicht vorgetragen.

Die Niederschrift wird **mehrheitlich bestätigt**.

TOP 4

Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die nicht öffentliche Niederschrift der 24. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport der Stadt Eberswalde vom 30.11.2011

Schriftliche Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teiles der 24. Sitzung des ABJS vom 30.11.2011 liegen nicht vor. Mündliche Einwendungen werden nicht vorgetragen. Die Niederschrift wird **mehrheitlich bestätigt**.

TOP 5 - Feststellung der Tagesordnung

Der Tagesordnung wird **einstimmig zugestimmt**.

TOP 6 - Informationen des Vorsitzenden

Herr Hoeck erinnert an die Sitzung im Oktober 2011. Eine Kita stellte dort den Ausschussmitgliedern erstmals ihr Kita-Profil vor. Es war angedacht, dass in jeder Ausschusssitzung eine andere Kita ihr Kita-Profil vorstellt. Laut Arbeitsplan sollte heute Frau Werner, Leiterin der Kita „Sputnik“, das Kita-Profil ihrer Einrichtung vorstellen. Da sie im Vorfeld der Ausschusssitzung erkrankt war, wird dies zu einem anderen Zeitpunkt nachgeholt werden.

TOP 7 - Einwohnerfragestunde

7. 1. Frau Steffi Linke, Eberswalder Straße 181, 16225 Eberswalde (Kita „Nesthäkchen“):

Frau Linke möchte zur Verpflegungskostenpauschale ein Statement abgeben. Sie teilt mit, dass die Eltern der Kita „Nesthäkchen“ - wie auch andere Eltern aus anderen Kindertagesstätten - den Fragebogen zur Verpflegungskostenpauschale bekommen haben. Heute möchte sie dem Ausschuss das Ergebnis aus der Befragung der Kita „Nesthäkchen“ mitteilen. Bei ihr in der Einrichtung war es so, dass die Kita-Leiterin vor der Befragung mit jedem Elternteil persönlich die Fragen und Varianten des Fragebogens besprochen hatte. Von 80 Befragungen kamen 68 Antworten zurück. Für die Variante 1, also für die genaue Abrechnung, haben 50 Eltern gestimmt und für die Pauschalvariante, also die Variante 2 und 3, haben 15 Eltern gestimmt. Selbst wenn alle 80 Befragten zurückgeantwortet hätten, wäre einer mehrheitlichen genauen Abrechnung zugestimmt worden.

Herr Nicky Nerbe nimmt ab 18:19 Uhr an der Sitzung teil (**7 Stadtverordnete anwesend**).

Frau Linke fragt an, ob die Kita dem Essenanbieter auch weiterhin melden muss, wie viel Essen täglich in Anspruch genommen wird und ob es richtig ist, dass die Stadt dem Essenanbieter nur die Essenportionen bezahlt, die er liefert oder bezahlt die Stadt eine Pauschale an den Essenanbieter.

Frau Ladewig sagt, die Kita muss auch weiterhin dem Essenanbieter täglich die Essenportionen melden. Außerdem bekommt der Essenanbieter nur die Essenportionen bezahlt, die er auch liefert.

Frau Linke geht davon aus, dass die Stadt keinen Verlust machen darf und demzufolge Überschüsse erwirtschaftet werden. In einem Gespräch hatte Frau Bessel, Mitarbeiterin des Amtes für Bildung, Jugend und Sport, erklärt, dass Eltern, deren Kinder z. B. länger als drei Woche zur Kur/im Urlaub sind, einen Antrag an die Stadt auf Rückerstattung der Kosten stellen könnten. Daraus schlussfolgert sie, dass bei der Stadt für solche Fälle Geld zur Verfügung stehen müsste. Sie möchte von der Verwaltung wissen, ob dies so richtig ist.

Frau Ladewig erklärt, dass das Mittagessen, welches sie jetzt in der Einzelrechnung bezahlt und kalkulatorisch auch bei der Eltern-Verpflegungskostenpauschale zu Grunde gelegt worden ist, schon in der jetzigen Höhe von 1,80 EUR bezuschusst wird. Das Krippenessen kostet eigentlich 2,03 EUR, die Stadt bezuschusst dort jeden Tag 0,23 EUR pro Essen. Bei den Kindergartenkindern liegt der Zuschuss bei täglich 0,41 EUR, da die Stadt bis auf den Betrag in Höhe von 2,21 EUR bezuschusst und beim Hort-/Schulessen handelt es sich sogar um 0,66 EUR pro Tag, es würde sonst 2,46 EUR kosten. Die Stadt darf keinen Profit machen, sie kann maximal eine Kostendeckung erzielen, die in diesem Bereich aber bei weitem nicht gegeben ist. Im Schnitt sind das im Jahr über 120 T€, die die Stadt Eberswalde für das gesamte Essensystem der Kindertagesstätten der Stadt bezuschusst.

Frau Linke möchte sich noch einmal auf die Aussage von Frau Bessel beziehen, die sie in der Kita zur Verpflegungskostenpauschale machte. Frau Bessel sagte, die Eltern würden von der Pauschale profitieren. Bei ihr ist es so, dass ihr Kind die Pauschale nicht abisst. Im Gegenzug bedeutet dies, dass andere Kinder dies dann abessen. Einige Eltern profitieren also davon und andere würden draufzahlen. Sie fragt sich, ob es dafür eine gesetzliche Grundlage gibt. Nach ihrem Empfinden ist es jenen Eltern gegenüber ungerecht und sie möchte dadurch auch nicht profitieren.

Herr Landmann sagt, dass dieses Solidarprinzip gewollt war. Die Verwaltung hatte sich auf der Grundlage einer durchschnittlichen Anzahl von Anwesenheit der Kinder in den Kindertagesstätten übers Jahr zu dieser Pauschale verständigt. Tatsächlich kommt es dann zu dem Effekt, den Frau Linke beschrieben hat. Es wurde darüber mit der Politik gesprochen, dass dieses Solidarprinzip gewollt war und auch rechtlich zulässig gewesen wäre. Die Verwaltung hat die Meinungen der Eltern, so wie sie von Frau Linke vorgetragen wurden, aus allen Kindertagesstätten zur Kenntnis genommen. Die Verwaltung wird unter dem entsprechenden Tagesordnungspunkt noch etwas sagen.

7.2. Herr Mario Höhne, Kruger Straße 27, 16225 Eberswalde (Kita „Spielhaus“):

Herr Höhne möchte die Thematik Pauschal-/Tagesabrechnung noch einmal aus einem anderen Blickwinkel betrachten. Bei der Pauschalberechnung haben die Eltern ein Alibi in der Hand, so

können sie dann ihre Kinder während ihres eigenen Urlaubs und im Krankheitsfall in die Kita schicken. Die Erziehungspflicht liegt bei den Eltern, mit der Pauschale geben wir den Eltern die Möglichkeit, sich dieser zu entziehen.

Herr Hoeck bedankt sich für die beiden Plädoyers, die nachher bei der Diskussion noch berücksichtigt werden und beendet die Einwohnerfragestunde.

TOP 8 - Informationen aus der Stadtverwaltung

Frau Ladewig hat folgende Informationen:

1. Das Sozialpädagogische Institut (SPI) ist der Träger, der in der Stadt die mobile Jugendarbeit durchführt. Das SPI hat gemeinsam mit dem Fachamt eine Lösung zum Umzug gefunden. Ab 01.03.2012 wird das SPI im Bürgerzentrum des Brandenburgischen Viertels verortet sein, parallel dazu wird es eine Beratungsmöglichkeit in Stadtmitte geben. Des Weiteren gibt es beim SPI eine neue Projektleiterin Frau Rossow, da Herr Stein innerhalb der Stiftung andere Aufgaben erhalten hat. Die noch freie vierte Stelle wird durch das SPI neu besetzt.
2. Der Erzieherinnen-Bildungstag, der alle zwei Jahre durchgeführt wird, findet in diesem Jahr am 24.03.2012 statt. Es sind alle Interessierten herzlich eingeladen. Frau Ladewig übergibt das Wort an Frau Bessel.

Frau Bessel teilt mit, dass der 3. Bildungstag für Erzieher/-innen in Kindertagesstätten der Stadt Eberswalde und in Kindertagesstätten freier Trägerschaft am Samstag, dem 24.03.2012 stattfindet. Die Eröffnung wird um 09:00 Uhr in der evangelischen Kirche (gegenüber der Grundschule Finow) sein. Eingeladen wurden alle Erzieher/-innen in städtischer und in freier Trägerschaft. Es finden 16 Workshops statt, in dem sich die Erzieher/-innen eintragen können. Für interessierte Eltern und Kinder findet in der Turnhalle der Grundschule Finow ein Highlight statt, welches in Form eines kleinen Programms und einer Vorstellung von didaktischen Spielen für Sprache und Mathematik durch einen Anbieter angeboten wird.

3. Frau Ladewig verweist auf zwei Lesehefte, die sie heute den Ausschussmitgliedern zur Information mitgebracht hat. Diese Lesehefte sind das Ergebnis eines Projektes des Hortes „Kleiner Stern“ aus dem vergangenen Jahr. Frau Ladewig möchte sich bei der Kita-Leiterin Frau Pawlick und bei ihrem Team für die tolle Arbeit bedanken.

Das Sportentwicklungskonzept (SEK) ist per vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb für eine beschränkte Ausschreibung planmäßig angelaufen. Heute war Annahmeschluss für die Teilnahmeanträge. Die Verwaltung wird spätestens bis zum 24.02.2012 die Ausschreibungsunterlagen an die ausgewählten Bewerber versenden, so dass der Vergabevorschlag Anfang April vollzogen sein könnte. Die Verwaltung wird in den Ausschusssitzungen über den aktuellen Stand informieren.

TOP 9 - Informationsvorlagen

Es liegen keine schriftlichen Informationsvorlagen vor.

TOP 10 - Anfragen und Anregungen von Fraktionen, Stadtverordneten u. sachk. Einwohnern/innen sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vors. der Beiräte gem. Hauptsatzung, dem/der Vors. des KJP u. den Beauftragten gemäß Hauptsatzung

Es liegen keine schriftlichen Anfragen und Anregungen von Fraktionen, Stadtverordneten und sachkundigen Einwohnern/innen vor.

Herr Schumacher hat zu zwei Themen Anfragen.

1. Gibt es durch den Umzug des SPI finanzielle Vergünstigungen für die Stadt, die wir dann evtl. anderen Einrichtungen zu Gute kommen lassen könnten?
Werden zwei Institutionen zusammengeführt, muss es ja auch eine neue Struktur geben. Gibt es klare Vorstellungen, wie die Struktur dann aussehen wird?
2. Wie stellt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt der Umzug der Grundschule „Schwäzeseesee“ dar?

Herr Landmann beantwortet die 2. Anfrage.

Die Verwaltung geht momentan davon aus, dass der Umzug der Grundschule „Schwäzeseesee“ planmäßig erfolgt.

Frau Ladewig beantwortet die 1. Anfrage.

Natürlich erfolgt durch den Umzug des SPI auch teilweise eine Entlastung im Budget des Fachamtes, da wir die Betriebs- und Unterhaltungskosten durch den Landkreis Barnim (LK BAR) gefördert bekommen. Für die Mitarbeiter konnte so kurzfristig neue PC-Technik realisiert werden. Außerdem wird das Fachamt bei der Ausstattung und beim Umzug helfen. Trotz allem fallen ja auch im Jahr 2012 Betriebs- und Unterhaltungskosten, als auch Mietkosten für die Räumlichkeiten im Bürgerzentrum an. Durch diese Hilfemaßnahmen erhofft sich die Verwaltung eine künftige Budgetentlastung, so dass das eine oder andere zusätzliche Projekt dauerhaft gefördert werden kann. Im Jahr 2012 wird dies aber noch nicht der Fall sein.

Zur Struktur des SPI ist Folgendes zu sagen. Die Projektleitung ist durch Frau Rossow neu besetzt. Die beiden anderen Stellen bestehen nach wie vor und sind auch personell besetzt. Die vierte Stelle muss so schnell wie möglich durch den Träger SPI besetzt werden.

Herr Wessollek berichtet, dass es vor einiger Zeit im Wald-Solar-Heim eine Bildungsveranstaltung für Kinder gab. Diese Bildungsveranstaltung wurde im letzten Sommer eingestellt mit der Begründung, dass es keine personellen Zuschüsse mehr gäbe. Er möchte wissen, inwieweit die Stadt sich mit der Bezuschussung an dieser Bildungsveranstaltung beteiligt hat.

Herr Landmann teilt mit, dass es keine Zuschüsse von Seiten der Stadt gegeben hat. Außerdem ist das Wald-Solar-Heim nicht an die Verwaltung herangetreten.

Herr Zinn hat folgende Anfragen/Anregungen:

1. Wie bekannt, konnte in der Dezember-Stadtverordnetenversammlung durch die SPD eine Sozialarbeiterstelle eingerichtet werden. In diesem Zusammenhang interessiert ihn, welchen Anteil die Sozialarbeiterstelle im Brandenburgischen Viertel, als Fortführung sozialer Maßnahmen, daran hat und um welche Person es sich handelt.
2. Die Grundschule „Schwärzeseesee“ hat Personal bekommen. Er fragt sich, ob es nicht sinnvoll gewesen wäre, wenn die Verwaltung vorher mit der Schulleitung über das Personal gesprochen hätte, anstatt ihnen das Personal einfach vorzusetzen.
3. Wäre es nicht sinnvoll im 1. oder spätestens 2. Halbjahr eine gemeinsame Sitzung mit dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport und dem Ausschuss für Kultur, Soziales und Integration (AKSI) durchzuführen? Es könnten dort u. a. Themen wie die Kinderarmut, die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes in Eberswalde, die Vor- und Nachsorge der Jugendarbeit, diskutiert werden. Die Sitzung selbst könnte im Bürgerzentrum stattfinden, da das Objekt barrierefrei ist.

Herr Hoeck nimmt Bezug auf den letzten Punkt von Herrn Zinn. Er wird sich, was die gemeinsame Sitzung betrifft, mit der Vorsitzenden des AKSI dazu verständigen. Er selbst sieht persönlich keine Schwierigkeit darin, eine gemeinsame Sitzung durchzuführen.

Herr Landmann bezieht sich auf den ersten Punkt von Herrn Zinn. Die Stellenbeschreibung für die Sozialarbeiterstelle ist gefertigt und steht kurz vor der Ausschreibung. Es ist vorgesehen, die/den Sozialarbeiter/in ca. hälftig im Club „Am Wald“ bzw. hälftig in der Jugendarbeit einzusetzen (zusätzliche Stelle).

Frau Ladewig nimmt Bezug auf den zweiten Punkt von Herrn Zinn. Das Fachamt sieht es genauso wie Herr Zinn, die Schule sollte bei der Besetzung der Stellen in Punkto Bürgerarbeit ebenfalls Einflussmöglichkeiten haben. Frau Ladewig nimmt die Anregung von Herrn Zinn mit und wird mit Herrn Holzhauer diesbezüglich sprechen.

Herr Hartmann hat gehört, dass es in Stadtmittle auch einen Standort für das SPI geben soll und dass es im Vorfeld Probleme bei den Räumen im Brandenburgischen Viertel gab. Aufgrund der räumlichen Veränderung findet er beratende Gespräche dort eher schwierig.

Frau Ladewig erklärt, dass aufgrund der Brandschutzsituation, die die Verwaltung gewährleisten muss, eine räumlich entlastende Situation nicht möglich gewesen ist. Es wurde aber gemeinsam mit dem SPI eine Möglichkeit gefunden, dass in einem Teil noch ein kleinerer Raum genutzt werden kann, so dass drei große, helle Räume zur Verfügung stehen. Das SPI hat gegenüber der Verwaltung auch keine Bedenken geäußert. Der Standort in der Stadt wird wahrscheinlich die ehemalige Goetheschule in der Eisenbahnstraße 100 werden. Die Verwaltung ist noch ein-

mal mit dem LK BAR ins Benehmen gegangen, um dort nach der Öffnungszeit des Hortes ein Beratungsangebot zu schaffen.

Frau Schostan berichtet, dass Eltern aus dem Hort „Kleiner Stern“ an sie herangetreten sind, weil es dort Probleme hinsichtlich einer Personalumsetzung geben soll.

Frau Ladewig antwortet. Es gab dazu ein Elterngespräch und soweit sie weiß gab es auch eine Kinderversammlung, wo dieser Sachverhalt im demokratischen Verfahren erörtert worden ist. Es wurden alle Bedenken ausgeräumt.

TOP 11 - Abschlussbericht "Stärken vor Ort" (Herr Weber)

Herr Hoeck beantragt das Rederecht für Herrn Weber, Berater für das Förderprogramm: „Stärken vor Ort“. Das Rederecht wird **einstimmig befürwortet**.

Herr Weber teilt mit, dass er heute letztmalig über das Förderprogramm „Stärken vor Ort“ berichten wird, da das Förderprogramm seine drei Förderjahre mit dem Ablauf des vorigen Kalenderjahres beendet hat. Heute möchte er nicht nur auf die dritte und letzte Etappe näher eingehen, sondern auch eine Gesamtbilanz ziehen. Anhand einiger Darstellungen wertet er die letzten drei Programmjahre aus. **(Anlage 2)**. Im Vorfeld ist jedem Ausschussmitglied eine Übersicht über die Mikroprojekte 2011 übergeben worden.

Die in der anschließenden Diskussion gestellten Fragen wurden durch Herrn Weber beantwortet.

Herr Hoeck bedankt sich bei Herrn Weber für den Bericht.

TOP 12 - Vorstellung des Bundesprojektes: "Offensive Frühe Chancen: Schwerpunkt - Kitas Sprache und Integration" durch Frau Burckhardt, Kita "Gestiefelter Kater"

Herr Hoeck bittet um die Vorstellung des Bundesprojektes: „Offensive Frühe Chancen: Schwerpunkt - Kitas Sprache und Integration“ durch Frau Burckhardt, Erzieherin in der Kita „Gestiefelter Kater“.

Frau Burckhardt berichtet, dass dieses Bundesprojekt vom Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend initiiert wurde und vollständig ausgesprochen heißt: „Sprachkompetenzen stärken, Integration fördern, Offensive frühe Chancen“. Anschließend stellt Frau Burckhardt an Hand einer Power-Point-Präsentation die wichtigsten Eckdaten vor **(Anlage 3)**.

Die in der anschließenden Diskussion gestellten Fragen wurden durch Frau Burckhardt und die Verwaltung beantwortet.

Herr Hoeck bedankt sich bei Frau Burckhardt für die Ausführungen.

TOP 13 - Antrag des SV Motor Eberswalde e. V. auf Gewährung eines Zuschusses aus dem Haushalt der Stadt Eberswalde zur kommunalen Förderung des Sports

Der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport beschließt **einstimmig** den Antrag des SV Motor Eberswalde e. V.: Der „Mitgliederförderung“ in Höhe von 2.872,50 EUR im Jahr 2012 wird zugestimmt.

TOP 14 - Diskussion zum Arbeitsplan 2012

Herr Hoeck verweist auf den Entwurf des Arbeitsplanes 2012, der mit den Unterlagen zugeschickt wurde. Im Monat März sollte Frau Eilitz zum Thema: „Inklusion in Grundschulen“ sprechen, sie hat aber jetzt abgesagt. Demzufolge kann dieser Punkt in der Form (Förderprojekt - Eine Schule für alle) nicht stattfinden. Das Thema an sich sollte aber stattfinden.

Herr Wessollek würde gerne die Bildungsstudie im Monat April vorstellen.

Laut den Themenvorschlägen von Herrn Zinn (TOP 10) werden Frau Röder und Herr Hoeck im März in ihren Ausschüssen mitteilen, wann eine gemeinsame Ausschusssitzung stattfinden kann.

Frau Schostan hat festgestellt, dass der Sport laut Arbeitsplan 2012 in diesem Jahr viel zu kurz kommt. Trotzdem hat sie ein Thema, das ihr sehr am Herzen liegt, der Rechtsanspruch der 2013 hinzukommt. Das heißt, Kinder haben dann ab dem vollendeten ersten Lebensjahr einen Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz, was nach dem Empfinden bedeutet, dass die Stadt einen Mehrbedarf hat. Frau Schostan fragt, ob die Verwaltung es schafft eine Prognose vorzulegen, vielleicht Anfang des zweiten Halbjahres, um zu sagen, wie viele Kinder wir erwarten, um den Bedarf abzudecken.

Herr Landmann sagt, dass die Verwaltung hinsichtlich des Kita-Bedarfsplanes mehrere Gespräche mit dem Landkreis Barnim, als Träger der öffentlichen Jugendhilfe, geführt hat und momentan die Gespräche ausgesetzt wurden. Die Verwaltung hat heute erfahren, dass die Kita „Little England“ im April eine weitere Kindertagesstätte mit 40 Kita-Plätzen an der Salomon-Goldschmidt-Straße eröffnen wird. Die Problematik an sich ist relativ unkalkulierbar.

Frau Ladewig fügt hinzu, sie würde gerne dem Ausschuss eine Prognose geben, da sie auch Planungssicherheit für die Verwaltung bedeutet. Die Verwaltung kann aber nicht abschätzen, welcher Elternteil ab vollendetem ersten Lebensjahr einen Kita-Platz und wer parallel das Betreuungsgeld in Anspruch nimmt, weil er sein Kind zu Hause betreut. Sie bittet daher um Verständnis. Sollte das Planwerk des LK BAR der Verwaltung vorliegen, wird die Verwaltung sofort im Ausschuss darüber Bericht erstatten und die Prognosen dann vorlegen.

Frau Schostan regt an, über die Presse zu veröffentlichen, dass sich der Rechtsanspruch ab

2013 ändert. Vielleicht könnte dadurch erreicht werden, dass die Eltern sich frühzeitig um einen Kita-Platz bemühen.

Die Verwaltung nimmt den Vorschlag zur Kenntnis.

Herr Schumacher äußert, Inklusion soll ja auf der Tagesordnung bleiben. Früher oder später wird auch eine Grundschule davon betroffen sein. Er denkt, dass vielleicht aus dem Staatlichen Schulamt Eberswalde der verantwortliche Schulrat eingeladen werden sollte, der dann über die entsprechenden Modalitäten informiert.

Herr Hoeck nimmt den Gedanken mit auf und weist darauf hin, dass der Arbeitsplan nur eine Richtlinie ist und jederzeit aktualisiert werden kann.

Der Arbeitsplan 2012 wird mit seinen Ergänzungen **einstimmig angenommen**.

Die Verwaltung wird gebeten, den Arbeitsplan mit seinen Ergänzungen zu überarbeiten und dem Protokoll beizulegen. **(Anlage 4)**

TOP 15 - Diskussion Verpflegungskostenpauschale

Herr Landmann teilt mit, dass den Ausführungen im Rahmen der Einwohnerfragestunde schon entnommen werden konnte, dass die Verwaltung dem Wunsch gefolgt ist, sehr ausführlich auf die Anregungen und Bedenken der Elternschaft einzugehen. Deshalb wurde in den Kindertagesstätten diese Elternumfrage gemacht und die zu einem Ergebnis geführt hat mit dem Trend, den Verwaltungsvorschlag so nicht zu akzeptieren, weil die tatsächliche Inanspruchnahme von Essen eben dort keine Berücksichtigung findet, was auch in den beiden Wortmeldungen zu hören war. Der von der Verwaltung geplante Solidargedanke hat sich also nicht umgesetzt. Herr Landmann denkt, dass es auch schwer sein wird mit der Politik diese Sache weiter zu besprechen. Deshalb wird die Verwaltung in der weiteren Verfahrensweise diesen Grundgedanken des Solidarprinzips auch nicht weiter aufnehmen. Die Verwaltung würde aber interessieren, da die Elternschaft auch an die Politik herantreten ist, was in den Fraktionen besprochen wurde.

Frau Röder berichtet, dass in ihrer Fraktion über die Pauschale gesprochen wurde. Die SPD-Fraktion schlägt vor, über zehn Monate eine Pauschale zu berechnen und dann wird auf Antrag eine Spitzabrechnung durchgeführt. Die letzten beiden Monate sollten so als Guthaben bleiben, um dann mit der Abrechnung zu sagen, die Eltern bekommen Geld zurück oder damit ist es ausgeglichen, so dass jedes Elternteil eine genaue Abrechnung über dieses Jahr beantragen kann.

Frau Schostan teilt mit, dass auch die Eltern aus der Kita „Nesthäkchen“ über die Verpflegungskostenpauschale diskutiert haben. Von den Eltern war mehrheitlich zu hören, dass es einfach der Grundgedanke ist, das Kind soll sein Essen bezahlen, aber die Eltern möchten nur das be-

zahlen, was ihr Kind verzehrt. Die Eltern wollen keine Pauschalberechnung und lehnen sie deshalb ab. In der CDU-Fraktion hat man sich dafür ausgesprochen, es soll das bezahlt werden, was auch tatsächlich verzehrt wurde. Des Weiteren hat sich die Fraktion auch damit auseinandergesetzt, was passieren würde, da dies auch Konsequenzen für die Eltern hätte, die am Bildungs- und Teilhabepaket teilnehmen. Warum macht man es nicht wie beim Strom oder Gas und sagt halt Pauschale ja, aber zum Ende des Jahres wird zurückgerechnet.

Herr Pieper teilt mit, dass die Thematik ebenfalls in seiner Fraktion Die Linke diskutiert wurde und nichts gegen eine Einführung einer Pauschale sprach. Jetzt wird sie auch weiter diesem Vorschlag zustimmen. Der Gedanke, der ihn und seine Fraktion bewegt hat, ist folgender: Die Kinder, die an das Bildungs- und Teilhabepaket gebunden sind und Essen bekommen, diese müssen abgesichert sein. Außerdem sollte der Verwaltungsaufwand so gering wie möglich gehalten werden. Einen extra Vorschlag als solcher wurde durch die Fraktion Die Linke nicht erarbeitet. Die Fraktion ist aber in der Lage, mit beiden Lösungen zu leben. Es soll sich aber keiner übervorteilt fühlen. Als Gedanke möchte er einbringen, die Pauschale einzuführen. Diejenigen Eltern, die an dieser Pauschale kein Interesse haben, könnten einen Antrag auf Einzelrechnung stellen.

Herr Rätz teilt mit, dass bei den Diskussionsrunden mit den Eltern einige Fragen aufgekommen sind. Zum einen betrifft es einige Hortkinder, die z. B. in die Ganztagschule gehen und bis dato nur an zwei Tagen das Essen in Anspruch nehmen können und an den anderen drei Tagen eben nicht, weil die Schulzeit so ist. Für diese Kinder ist die Pauschallösung unattraktiv. Des Weiteren war im ersten Entwurf auch nicht ersichtlich, wie die Sache in Klasse 3 zum Übergang in Klasse 4 - viele fallen aus dem Hort raus - gedeckelt wird.

Herr Nerbe, von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, teilt mit, dass in seiner Fraktion über das Prinzip der Abschlagszahlung diskutiert wurde. Seine Fraktion ist zu der Auffassung gekommen, dass es z. B. bei den Allergikerkindern eine Ausnahme bei der Einführung der Verpflegungskostenpauschale geben müsste, da diese Kinder bestimmte Nahrungsmittel nicht vertragen und somit das Essen nicht in Anspruch nehmen können. Sollte es von Seiten der Verwaltung diese Ausnahme geben, würde seine Fraktion für den Vorschlag stimmen.

Herr Landmann erinnert an die letzte Beratung, wo er bereits mitgeteilt hatte, dass diese Ausnahme selbstverständlich ist. Für die Verwaltung war es heute wichtig, ein Meinungsbild von den Fraktionen zu bekommen. Die Verwaltung hat bereits verschiedene Varianten durchdiskutiert und es gab auch in diesem Zuge mit einigen Fraktionen Gespräche. Der ursprüngliche Ansatz war, den Aufwand für die Leistungsempfänger zur Inanspruchnahme des Bildungs- und Teilhabepaketes zu minimieren und durch Einführung der Pauschale mehr Kindern die Teilnahme am Essen zu ermöglichen. Die Verwaltung tendiert dazu, eine Verpflegungskostenpauschale einzuführen. Auf Grund dessen wird sie der Politik einen neuen Vorschlag unterbreiten.

Herr Hoeck nimmt Bezug auf Herrn Piepers Ausführungen, dass wir nicht wollen, dass sich die

Gebühren für die Eltern an sich erhöhen. Des Weiteren wurde angedeutet und es steht auch im Arbeitsplan so drin, dass die Kita-Gebührensatzung noch in diesem Jahr thematisiert wird. Weiterhin muss in diesem Zusammenhang der Verwaltungsaufwand sowie die Einführung/Nichteinführung der Verpflegungskostenpauschale berücksichtigt werden (Vergleich). Es ergibt sich für ihn die Frage, ob das zusammen mit der Kalkulation berücksichtigt werden könnte, falls es zu Wechselwirkungen kommt.

Herr Landmann teilt mit, dass über die Kalkulation der Gebührensatzung im Mai-Ausschuss diskutiert werden könnte.

TOP 16 - Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)

TOP 16.1

Vorlage: BV/704/2012

Einreicher/Zuständige Dienststelle:

40 - Amt für Bildung, Jugend und Sport

23 - Liegenschaftsamt

FV Preussen Eberswalde e. V. - Erbbaurechtsvertrag

Herr Hoeck weist zunächst darauf hin, dass es eine neue Beschlussvorlage gab, die per Post nachgesandt wurde.

Herr Landmann teilt mit, dass es zwischenzeitlich Gespräche mit verschiedenen Fraktionen und auch mit Vertretern vom FV Preussen Eberswalde e. V. gab. Die Verwaltung hat zur Kenntnis genommen, worin die Probleme der Stadtverordneten bestanden. In der ursprünglichen Vorlage hat sich die Verwaltung an den Landkreis Barnim (LK BAR) angenähert. In der Zwischenzeit habe man mit dem LK BAR entsprechende Absprachen getroffen und mitgeteilt, dass es uns in allererster Linie um das Vereinshaus geht. Daraufhin wurde die Vorlage geändert.

Herr Hoeck beantragt das Rederecht für Herrn Jur und für Herrn Grätsch (Vertreter vom FV Preussen Eberswalde e. V.). Das Rederecht wird **einstimmig befürwortet**.

Herr Schumacher findet, dass es eine gute Sache ist, wenn ein entsprechender Bauvorschlag - mit den entsprechenden finanziellen Möglichkeiten - auf den Tisch kommt. In dem Zusammenhang sieht er auch andere Vereine, die jetzt die gleichen Anforderungen stellen könnten. Er fragt sich: „Wie verhalten wir uns dann?“ Die Vorlage bezieht sich hier auf den FV Preussen Eberswalde e. V. Es gibt bestimmt kleinere Vereine, die nicht in der günstigen Situation sind und gerne daran teilhaben wollen, die dann diese Räumlichkeiten nutzen. Außerdem fragt er sich: „Welche Möglichkeiten wir haben, um das vertragsmäßig abzusichern, dass auch diese Möglichkeiten für kleinere Vereine, die diese Möglichkeit nicht haben, dann diese Einrichtung nutzen können?“

Herr Jur berichtet, dass es bereits Gespräche gegeben hat, in denen bspw. den Handballern

Räumlichkeiten angeboten wurden. Außerdem treiben die Grundschule Westend und die Lebenshilfe auf dem Areal regelmäßig Sport. Der FV Preussen beabsichtigt, seine Räumlichkeiten und das Westend-Stadion für alle Vereine zugänglich zu machen. Sollten also durch andere Vereine Räumlichkeiten oder das Westend-Stadion angemietet werden, wird der Verein auf jeden Fall, sofern freie Kapazitäten vorhanden sind, dies ermöglichen.

Herr Landmann möchte auf die erste Frage von Herrn Schumacher antworten. Er erinnert an den symbolischen Verkauf einer Turnhalle an den SV Medizin und der Bezuschussung in wesentlich größerer Höhe oder an den SV Motor Eberswalde, wo es ganz ähnlich war, wie beim SV Medizin. Für die Zukunft denkt er, wenn in Einzelprojekten solche Vorhaben beantragt werden, dann lässt es das Budget auch zu, solche Vorhaben zu realisieren, aber es muss rechtzeitig abgesprochen werden.

Frau Röder ist die Rolle des LK BAR nicht klar. Sie versteht das Konzept so, dass der LK BAR das Konzept auch wirklich so genehmigt hat, wie es in der aktuellen Fassung vorliegt und dass aufgrund dieses abgespeckten Konzeptes der Verein trotzdem die 50 T€ bekommt oder treibt der Kreis die Stadt vor sich her. Frau Röder fragt, ob von Seiten des LK BAR die 100-prozentige Zusicherung vorliegt, dass er die 50 T€, auch in der abgespeckten Form, bezuschusst.

Herr Grätsch erklärt, dass die Zusage für den Finanzierungsrahmen zwei wesentliche Maßgaben beinhaltet. Einerseits ein vom Jugendamt des Landkreises genehmigtes Umsetzungskonzept und andererseits der Anteil der Stadt Eberswalde i. H. v. 20.000,00 €. Der Zuwendungsbescheid ist dem FV Preussen Eberswalde e. V. bereits zugegangen und sagt aus, dass es eine zweckgebundene Anteilsfinanzierung für diesen Erweiterungsbau ist.

Frau Ladewig fasst aus der Niederschrift des Jugendhilfeausschusses zusammen:

„Der Jugendhilfeausschuss des Landkreises Barnim hat einmal die Freigabe von 50 T€ aus den Mitteln zur Förderung von baulichen Maßnahmen ... im Landkreis Barnim freigegeben. Die freigegebenen Mittel sind vom Fußballverein Preussen Eberswalde e. V. unter der Maßgabe Eigenmittel 30 T€ und Zuschuss der Stadt Eberswalde 20 T€ für den Erweiterungsbau zu verwenden. Bedingung für die Freigabe dieser Mittel ist das Vorliegen und die Realisierung einer Umsetzungskonzeption, welche die Nutzung der geförderten baulichen Einrichtung auch nachweist. Die Verwaltung (Kreisverwaltung) wird beauftragt, dieses Konzept fachlich zu prüfen und die Qualitätsentwicklung zu begleiten. Jährlich sind die Ergebnisse zu bewerten, zu bestätigen und dem Jugendhilfeausschuss zur Verfügung zu stellen. Über die Ergebnisse wird der Verein Preussen e. V. den Jugendhilfeausschuss unterrichten.“

Frau Ladewig kann somit die Aussage von Herrn Grätsch bestätigen.

Herr Nerbe will noch einmal die Sorge aufgreifen, wenn andere Vereine auf sie zu kommen und investive Mittel haben wollen. Die Sorge teilt er nicht, weil er denkt, dass der Standort erhalten bleibt.

Frau Schostan bezieht sich auf das Konzept. Herr Grätsch sagte, dass dem LK BAR ein Konzept vorlag, was nach unten korrigiert wurde. Als der FV Preussen in der CDU-Fraktionssitzung war, kam die Frage, ob denn jetzt das aktuelle Konzept vorliegt. Sie fragt sich, wie der LK BAR was prüfen will, was umgesetzt wurde, wenn wir alle gar nicht wissen, was dieses Konzept aussagt.

Herr Grätsch antwortet und sagt, dass das Konzept von den Aufgaben nach unten delegiert und neu überarbeitet wurde und dem LK BAR vorliegt.

Herr Hoeck bittet die Verwaltung, das Konzept zu organisieren und dem Protokoll als Anlage beizulegen. **(Anlage 5)**

Herr Pieper kann den vorliegenden Vertragsentwurf nachvollziehen, er findet daher seine Unterstützung. Die Beschlussvorlage findet ebenfalls seine Zustimmung, auch wenn er Bedenken bei der Höhe des Erbpachtzinses hat, da ihm dieser nicht „sauber“ berechnet erscheint.

Herr Hartmann teilt mit, dass es nicht nur Befürworter zu dieser Vorlage gibt. In seiner Fraktion (FDP/BFB) stehen ein paar Fragen im Raum, die noch offen sind. Es geht um die Altlasten des Vereins SV Motor Eberswalde und um die Vorlage, die dem Ausschuss im Dezember vorgelegt wurde. Außerdem kam heute in seiner Fraktion die Frage auf, was denn jetzt mit den anderen Vereinen ist. Seine Antwort dazu, wir sagen jetzt an der Stelle ja, auch sehr positiv anderen Vereinen gegenüber, denn dadurch stärken wir den gesamten Sport, der oftmals als Standortfaktor unterschätzt wird. Aus seiner Sicht würde das Westend-Stadion dadurch eine immense Aufwertung bekommen, deshalb stimmt seine Fraktion zu der Maßnahme an sich mit einem klaren ja. Herr Hartmann hat noch einen Punkt, der vorab geklärt werden müsste. Das Vereinshaus ist preiswert, aber nur deshalb, weil in diesem Gebäude keinerlei sanitäre Einrichtung vorhanden ist - bis auf eine kleine Küche. Diese sanitäre Einrichtung betreibt und zahlt bis jetzt die Stadt. Vergleicht man jetzt mit anderen Vereinen, dann ist es so, dass diese Vereine sämtliche Kosten, die die sanitäre Einrichtung betreffen, selber tragen und das erwartet er natürlich dann als faire Lösung auch. Es stellt sich ihm die Frage: „Was ist mit den Nachfolgekosten?“

Frau Ladewig erklärt, dass der Punkt nicht vergessen, sondern bewusst ausgeklammert wurde, weil wir hier die Vorlage Erbbaupachtvertrag und Nutzungsvereinbarung für eine Toilette, die im Nachbargebäude ist, trennen müssen. Es gab hierzu mit dem zuständigen Amtsleiter ein Gespräch und im Zuge des Baugenehmigungsverfahrens, also wenn der Bauantrag vorliegt, wird eine sogenannte Nutzungsvereinbarung getroffen. In einem Vorgespräch mit dem FV Preussen Eberswalde e. V. wurde diese Option beraten und sie sind sich dessen bewusst, dass sie, genauso wie die anderen Vereine auch, ihren Obolus mit dazu beitragen müssen, um die Toilette wirtschaftlich betreiben zu können.

Herr Hartmann möchte die Nutzungsvereinbarung trotzdem einmal sehen, auch wenn es hier

nicht üblich ist, weil es die ganze Sache dann abrunden würde.

Frau Ladewig betont, im Interesse der Verwaltung und des Vereins ist es hier Offenheit und Klarheit walten zu lassen. Die Nutzungsvereinbarung wird, wenn sie dann geschrieben und abgeschlossen ist, dem Ausschuss zur Verfügung gestellt.

Herrn Schumacher interessiert das Abstimmungsergebnis aus dem gestrigen Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt.

Herr Hoeck teilt das Abstimmungsergebnis aus dem Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt wie folgt mit: - 5 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen -

Herr Schumacher gibt als Hinweis an die Verwaltung, das überarbeitete Konzept des FV Preussen Eberswalde e. V. an den Hauptausschuss zu verschicken.

Die Verwaltung nimmt den Hinweis mit auf. Außerdem wird die Verwaltung eine Kopie des Konzeptes dem Protokoll beilegen (**Anlage 5**).

Frau Schostan merkt an, dass sich das Meinungsbild zur Vorlage sehr geändert hat. Vom Vorstand würde sie noch Folgendes interessieren: In ihrer Fraktionssitzung hatte sie die Frage gestellt. „Was ist im letzten Jahr mit neuen Mitgliedern gewesen bzw. wurden Mitglieder akquiriert?“ Diese Frage wurde vom Verein verneint. Unter anderem wurde auch darüber gesprochen, dass sie den ziemlich schlechtesten Rasen der Region haben, was bedeutet, dass sie sich in zwei, drei Jahren darüber Gedanken machen müssen, was mit der Rasenfläche passieren wird. Frau Schostan möchte vom Vorstand wissen, wie es in zwei, drei Jahren aussieht, um die Rasenfläche finanziell erneuert zu bekommen.

Herr Jur berichtet von einer positiven Mitgliederentwicklung. Im Mitgliedsbereich gibt es nicht nur den FV Preussen Eberswalde e. V., sondern auch einen Förderverein, wovon die Eltern auch profitieren. In Bezug auf die Rasenfläche handelt es sich hier offensichtlich um ein Missverständnis. Bei der Rasenfläche handelt es sich um Kunstrasen der älteren Generation und es war der Gedanke, da auch andere Vereine der Stadt auf diesem Kunstrasen trainieren, in den nächsten Jahren ein Konzept zu entwickeln, um für die Vereine entsprechende Bedingungen zu schaffen.

Herr Grätsch stellt an Frau Schostan die Frage, wie viel Mitglieder der Verein denn haben muss, um ein Vereinshaus zu bekommen? Sie haben 300 Mitglieder.

Frau Schostan ging es darum, ob generell ein Mitgliederzuwachs zu verzeichnen ist.

Herr Hoeck bittet um die Abstimmung der Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis: - mehrheitlich befürwortet –

Der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport empfiehlt dem Hauptausschuss die Verwaltung zu ermächtigen, einen Erbbaurechtsvertrag (Anlage 1 siehe Beschlussvorlage) zwischen der Stadt Eberswalde und FV Preussen Eberswalde e. V. zur Überlassung einer Teilfläche des Westend-Stadions an den FV Preussen Eberswalde e. V. abzuschließen mit dem Ziel, ein Vereinshaus zu errichten.

Herr Hoeck schließt die Sitzung um 20:10 Uhr.

Martin Hoeck
Vorsitzender des Ausschusses
für Bildung, Jugend und Sport

Berg
Schriftführerin

Sitzungsteilnehmer/innen:

- **Vorsitzender:**
Martin Hoeck

- **Stellvertreter des Vorsitzenden:**
Günter Schumacher

- **Ausschussmitglied:**
Dr. med. Christel Brauns entschuldigt
Sabine Büschel entschuldigt
Ronny Hartmann
Nicky Nerbe ab 18.19 Uhr anwesend
Hans Pieper
Angelika Röder
Monique Schostan

- **sachkundige Einwohner/innen_**
Anja Bunge unentschuldigt
Kerstin Hildebrand unentschuldigt
Madlen Karbe unentschuldigt
Elke Lewerenz unentschuldigt
Ingo Rätz
Axel Siekmann
Ulrich Wessollek
Jörg Zaumseil
Rolf Zimmermann

- **Ortsvorsteher/in:**
Carsten Zinn

- **Dezernent/in:**
Lutz Landmann

- **Beiräte gemäß Hauptsatzung:**
Dennis Brzezinski entschuldigt
Rainer Kriewald

- **Verwaltungsmitarbeiter/innen:**
Anke Bessel
Katrín Burckhardt zu TOP 12
Kerstin Ladewig

- **Gäste**

| | |
|--------------|-------------|
| Grätsch | zu TOP 16.1 |
| Mario Höhne | zu TOP 7 |
| Danko Jur | zu TOP 16.1 |
| Steffi Linke | zu TOP 7 |
| Bernd Weber | zu TOP 11 |